



EINE SCHWIERIGE PARTNERSCHAFT – DIE SPD UND POLEN IN DEN 1980ER JAHREN

Małgorzata Świder

Małgorzata Świder: A difficult partnership – the SPD and Poland in the 1980s

After the German Social-Democrats took over the power in the FRG, a new chapter in the Polish-German relations opened within the framework of neue Ostpolitik. The SPD became an important partner to the government of the People's Republic of Poland. In the 1980s, it developed a policy run along a double path, which consisted in maintenance of contacts with both the Government and Solidarity. Following the imposition of the martial law in Poland, the government formed by the SPD-FDP supported the humanitarian aid for Poland, endeavoring to improve the Polish-German relations. Until the end of the 1980s, it was a principal actor in the bilateral relations, practicing Nebenaussenpolitik (side foreign policy).

Key words: Polish-German relations, German Social-Democrats, Solidarity, Ostpolitik, the Federal Republic of Germany, martial law, foreign policy

Die Beziehungen der SPD zu Polen haben sich ab 1945 ständig verändert. Angefangen bei offenen Anfeindungen sowohl von polnischer Seite als auch bei den deutschen Sozialdemokraten, über Misstrauen gegenüber neuen politischen Ideen bis zur Unterzeichnung des Normalisierungsabkommens. Das Warschauer Abkommen von 1970 und der symbolische Kniefall von Willy Brandt leiteten ein neues Kapitel der deutsch-polnischen Beziehungen ein, vor allem aber der Beziehungen der SPD zu Polen¹.

Das erste Signal, das auf die „östliche Richtung“ der westdeutschen Politik und die Prioritäten in dieser Politik hinwies, war ein Ausschnitt aus der Rede des neu gewählten Bundeskanzlers, Willy Brandt, am 28. Oktober 1969 vor dem Bundestag. Brandt sagte damals: „Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehungen zueinander können nur von besonderer Art sein“.² Bereits diese Erklärung, eine eigentümliche Magna Charta der Ost-Politik der SPD, verwies darauf, dass der „Wandel durch Annäherung“ vor allem auf den zweiten deutschen Staat gerichtet war, und ihr Ziel die Vereinigung des deutschen Volkes war.³ Diese Maßnahmen konnten nicht ohne Einverständnis von Moskau stattfinden, wo der Schlüssel zur Vereinigung lag – und Warschau lag auf dem Weg. Es ist Dieter Bingen zuzustimmen, dass die UdSSR der wichtigste Staat in der Ostpolitik der SPD war, aber die schwierigsten Beziehungen Westdeutschland mit Polen verbanden⁴. Diese Beziehungen konnten nicht von der prak-

1 Zur symbolischen Geste von Willy Brandt: Friedrich KIESSLING, *Täter repräsentieren. Willy Brandts Kniefall in Warschau. Überlegungen zum Zusammenhang von bundesdeutscher Außenpräsentation und der Erinnerung an den Nationalsozialismus*, in: Auswärtige Repräsentationen. Deutsche Kulturdiplomatie nach 1945, Hrsg. von Johannes Paulmann, Köln 2005, S. 205–224; *Tätertrauma. Nationale Erinnerungen im öffentlichen Diskurs*, hrsg. von Bernhard GIESEN, Christoph SCHNEIDER, Konstanz 2004; Dieter BINGEN, *Die Deutschland- und Ostpolitik Willy Brandts im Spiegel der polnischen Publizistik 1966–1974*, in: *Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen*, Hrsg. von Carsten Tessmer, Berlin 2000.

2 Bundestag, Stenographischer Bericht, Bd. 71, 28.10.1969, S. 21.

3 Diese Haltung kann somit mit dem bekannten Ausspruch des französischen Republikaners aus der zweiten Hälfte des 19. Jh., Léon Gambetta charakterisiert werden: „*Toujours y penser, jamais en parler*“ (Sprich nie davon, erinnere Dich immer daran).

4 Dieter BINGEN, *Die Polenpolitik der Bonner Republik von Adenauer bis Kohl 1949–1991*, Baden-Baden





tischen Politik der Bundesregierung gegenüber der DDR im Rahmen der Spezifik der sog. deutsch-deutschen Beziehungen getrennt werden.⁵ Sie waren aus Sicht der gesamtdeutschen Interessen vorrangig.

In den 1970er Jahren wurde die SPD zu einem wichtigen und gefragten Partner Warschaus. Es begann ein Jahrzehnt der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit. Dieser Teil der Ostpolitik, von 1969 bis zum Anfang der 1980er Jahre, weckt grundsätzlich keine Differenzen, weder in Polen noch in der Bundesrepublik.⁶ Allerdings war der interessanteste Zeitraum in den Beziehungen der SPD zur Volksrepublik Polen der Anfang der Achtziger Jahre, als in der Volksrepublik soziale Unruhen ausbrachen und die Sozialdemokraten als Koalitionspartei über die Form und Richtung der Außenpolitik der Bundesrepublik mitentschieden. Bis Oktober 1982 war die Politik der SPD gegenüber Polen untrennbarer Teil der Außenpolitik der Regierung Schmidt-Genscher. Dieser Zeitraum der Beziehungen der Sozialdemokraten zu Polen muss also durch das Prisma der Außenpolitik der Bundesrepublik und deren wichtigsten Akteure wahrgenommen werden: den Bundeskanzler, den Außenminister und die führenden Politik der größten mitregierenden Partei. Nachdem die SPD-FDP-Koalition zerbrochen und die Sozialdemokraten in die Opposition übergegangen waren, bildeten ihre Beziehungen zur Volksrepublik Polen und zur PVAP eine spezifische, von einigen Autoren alternativ genannte Außenpolitik, die zweite Phase der Ostpolitik.⁷

Die 1980er Jahre

Das Gesamtbild der deutsch-polnischen Beziehungen in den 1980er Jahren resultiert nicht nur aus der Zusammenarbeit der SPD-FDP-Koalition mit der Zentralregierung in Warschau und der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei – PVAP. Es gab auch die Reaktionen der Bundesregierung und der SPD auf die Entstehung der *Solidarność* (*Niezależny Samorządny Związek Zawodowy „Solidarność“* – Unabhängige Selbstverwaltete Gewerks-

1998.

- 5 Nicht immer wurde das in Ost-Berlin gut aufgenommen. Die sozialdemokratische Ostpolitik wurde von Otto Winzer, dem Außenminister der DDR, „*Aggression auf Filzlätschen*“ genannt. Christoph KLESSMANN, *Die Ostpolitik der Bundesrepublik aus Sicht der DDR*, in: *Recepcja Ostpolitik w Polsce i krajach bloku komunistycznego*, Polska, ZSRR, NRD, Czechoslowacja, Węgry, Edd. Józef Fiszer – Jerzy Holzer, Warszawa 2004, S. 15–26.
- 6 Über die Ostpolitik haben viele Autoren geschrieben, hier beispielsweise: Senoo TETSUJI, *Ein Irrweg zur deutschen Einheit? Egon Bahrs Konzeptionen, die Ostpolitik und die KSZE 1963–1975*, Frankfurt am Main [u.a.] 2011; Hrsg. Alexander BEHRENS, „*Durfte Brandt knien?*“ *Der Kniefall in Warschau und der deutsch-polnische Vertrag. Eine Dokumentation der Meinungen*, Bonn 2010; Gottfried NIEDHART, *Deeskalation durch Kommunikation. Zur Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Brandt*, in: *Deeskalation von Gewaltkonflikten seit 1945*, Hrsg. Corinna Hauswedell, Essen 2006; Helmut WAGNER, *Die „deutsche Ostpolitik“. Ihre Genese und spätere Interpretation*, Deutschland-Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland 39, 2006, Nr. 1, S. 85–92; Erhard CZIOMER, *Historia Niemiec współczesnych 1945–2005*, Warszawa 2006; Red. J. FISZER – J. HOLZER, *Recepcja Ostpolitik*; Wolfgang SCHMIDT, *Die Wurzeln der Entspannung - Der konzeptionelle Ursprung der Ost- und Deutschlandpolitik Willy Brandts in den fünfziger Jahren*, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Band 4, 2003, S. 521–563; Heinrich POTTHOFF, *Im Schatten der Mauer. Deutschlandpolitik 1961 bis 1990*, Berlin 1999; E. CZIOMER, *Determinanty i główne problemy polityki wschodniej RFN*, Warszawa 1981; Jan BARCZ, *Koncepcja wyrzeczenia się siły rządu SPD/FDP i jej rola w procesie normalizacji PRL-RFN w latach 70-tych*, Warszawa 1976; William E. GRIFFITH, *Die Ostpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, aus d. Amerikanischen übersetzt von Gisela Kramer, Stuttgart 1981.
- 7 Frank FISCHER, „*Im deutschen Interesse*“. *Die Ostpolitik der SPD von 1969 bis 1989*, Husum 2001.





chaft „Solidarität“) und die sozialen und politischen Veränderungen in der Volksrepublik Polen – VRP. Dabei hatten die Beziehungen der SPD zu Zentralregierung und Partei einen stärkeren Einfluss auf das Handeln und die Haltung der SPD als deren Kontakte zur polnischen Opposition. Bereits ab August 1980 war eine gewisse Distanz zu den Ereignissen in Polen sichtbar, die nach Meinung der SPD die bestehende politische Ordnung gefährdete, vor allem aber die Ostpolitik. Die SPD hielt sich lange zurück, offiziell zu ihnen Stellung zu nehmen. Eine zurückhaltende Erklärung des SPD-Vorstands wurde erst am 20. August 1980 veröffentlicht.⁸ Führende Parteimitglieder intervenierten mehrfach, besonders Ende des Jahres 1980, bezüglich der Aufrechterhaltung der Parteidisziplin. Parteimitglieder sollten sich mit Maßnahmen und Deklarationen zur Polen und Solidarność zurückhalten.⁹ Die Sozialdemokraten fürchteten, dass die polnischen Geheimdienste gemeinsam mit anderen sozialistischen Staaten eine Dokumentation zu Beispielen der Einmischung des Westens in polnische Angelegenheiten vorbereiteten.¹⁰ (Ähnlicher Meinung war der Deutsche Gewerkschaftsbund – DGB,) Trotzdem wollten, wie die Stasi meldete, politische Kreise in der Bundesrepublik, in diesem Fall die Sozialdemokraten, den Gewerkschaftern in Polen Hilfe leisten, aber auf eine solche Weise (StilleHilfe), die jegliche Beschuldigungen von polnischer Seite über die Einmischung in innere Angelegenheiten der Volksrepublik Polen ausschließen konnte.¹¹

Solche Ängste begleiteten die SPD praktisch die ganzen Achtziger Jahre über. Sie wurden von Politikern aus Moskau und Warschau angefacht, die selbst das minimalste Engagement für die polnische Opposition kritisierten, weil sie dies als Einmischung der Bundesrepublik in polnische Angelegenheiten ansahen. Diese Taktik war Teil der Maßnahmen, um die Solidarność zu diskreditieren. Sie sollte die These beweisen, dass die Solidarność aus dem Ausland gesteuert werden würde (die USA und die Bundesrepublik wurden als Staaten genannt, die sich stärksten reaktionär betätigten). Es wurden selbst freundschaftliche Gesten gegenüber der polnischen Opposition kritisiert, besonders nach Verhängung des Kriegszustands. Praktisch jede Maßnahme, an der Sozialdemokraten beteiligt waren, wurde von der polnischen Botschaft in Köln bemängelt. Sie hatte auch diplomatischen Protest und eine Intervention beim SPD-Vorsitzenden, Willy Brandt, zur Folge. Es wurde protestiert, selbst dann, wenn am Treffen mit der Delegation der Solidarność die Ehefrau eines SPD-Vorstandsmitglieds teilnahm (hier Beispiel aus Bremen).¹² Damit verhinderte

8 Sozialdemokraten, Service, Presse, Funk TV, Mitteilung über die Sitzung des Präsidiums der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. August 1980 in Bonn, 21. August 1980, Nr. 559/80.

9 Archiv der deutschen Sozialdemokratie (weiter AdsD), Polkehr 208, Ernst Waltemathe, MdB an Herrn Heino Berg, Bonn, 26.11.1980; AdsD Bundestagsfraktion (BTgFr), IX. Wahlperiode (Wp.), 21393, An den SPD-Parteivorstand, z.Hd. Klaus Suchanek, Bonn 3. 12. 1980;

10 Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen (weiter BStU), Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (weiter MfS) Hauptverwaltung Aufklärung (weiter HVA) 4, Information über die Haltung führender BRD-Regierungs- und SPD-Kreise zur Entwicklung in der VR Polen, Berlin, den 23. Oktober 1980. Streng geheim!

11 Zu den sehr kontroversen und gefährlichen Maßnahmen zählte Bonn die Finanzierung der unabhängigen Gewerkschaften. Zwar lehnte der Bundesvorstand des BGB ab, die Rolle eines „Geldbriefträgers“ zu übernehmen, aber dennoch floß Geld auf Gewerkschaftskanälen, wobei halblegale Transferwege genutzt wurden.

12 Bei der Intervention der Botschaft der Volksrepublik Polen in Köln ging es um ein Treffen mit einer Delegation der Solidarność aus Danzig, die am 12. Dezember 1981 in Bremen ankam. Nach Verhängung des Kriegszustands blieben die Gewerkschafter in der Bundesrepublik und richteten das Koordinierungsbüro der Solidarność in Bremen ein. Mehr dazu siehe Małgorzata ŚWIDER, *Das Informationsbüro der Solidarność in Bremen im Spiegel von Archivmaterialien des Deutschen Gewerkschaftsbundes*, Inter Finitimos. Jahrbuch





die polnische Regierung erfolgreich SPD-Initiativen zugunsten der Solidarność. Das war umso einfacher, als dass die Parteifunktionäre selbst, hauptsächlich Herbert Wehner, Willy Brandt und Hans-Jürgen Wischnewski versuchten, die Aktivitäten der unteren Parteiebenen zu verhindern. Oder sie versuchten, darauf hinzuwirken, dass sie sich bei Projekten engagierten, die nicht unter der Flagge der SPD liefen. Maßnahmen dieser Art waren besonders im Kontext der von der SPD gewährten humanitären Hilfe für die polnische Bevölkerung oder auch in Interventionsmaßnahmen, z.B. dem Kauf von Medikamenten für Krankenhäuser und soziale Einrichtungen in Polen, usw. sichtbar.¹³

Die Kritik an der SPD im Kontext ihrer Beziehungen zur Opposition kam auch aus Kreisen der Solidarność. Die Solidarność äußerte sich nicht nur über die Zusammenarbeit und die engen Kontakte der SPD zur polnischen Regierung negativ. Sie kritisierte auch, dass ein deutliches Engagement zugunsten der Solidarność fehle, es fehlten Deklarationen und freundschaftliche Gesten. Oft wurde die kühle Haltung der SPD mit den emotionalen Auftritten von Franzosen oder auch Amerikanern verglichen.¹⁴

Ein wahrheitsgemäßes Bild der damaligen Beziehungen der SPD zu Polen ist nicht eindeutig. Es enthält Elemente des Unwillens, aber auch deutliche Unterstützung und Engagement für die Opposition. Ab dem Sommer 1980 beobachtete die SPD die Funktionäre der Solidarność, darunter vor allem Lech Wałęsa und seine Berater. Bei der Meinungsbildung halfen nicht nur befreundete Organisationen, in erster Linie Gewerkschaften und die Friedrich-Ebert-Stiftung, sondern auch die katholische Kirche. Die SPD-Führung, hier besonders Kanzler Helmut Schmidt, schätzte die Rolle, die die Kirche in Polen spielte.¹⁵

Die persönliche Bekanntschaft einiger Regierungsmitglieder, der gute Eindruck, den General Wojciech Jaruzelski auf westdeutsche Diplomaten machte, spielten zweifellos eine positive Rolle bei der Einschätzung der Ereignisse in Polen. General Jaruzelski, der am 11. Februar 1981 zum Ministerpräsidenten der Volksrepublik Polen ernannt wurde, fand, ähnlich wie seine Regierungserklärung vom Februar 1981, Anerkennung in den Augen der Sozialdemokraten. Davon sprach bereits im Februar 1981 Koschnick in einem Interview für das ZDF¹⁶ und auf der Sitzung des Parteivorstands.¹⁷ Genscher hingegen, der Polen einen Monat später besuchte, war vom neuen Ministerpräsidenten sichtbar beein-

zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte 7, 2009, S. 203–216.

- 13 Mehr über die humanitäre Hilfe der deutschen Gesellschaft für Polen: M. ŚWIDER, *Sąsiedztwo zobowiązuje. O pomocy humanitarnej społeczeństwa zachodnioniemieckiego dla społeczeństwa polskiego na początku lat osiemdziesiątych*, in: *Sąsiedztwo i pogranicze – między konfliktem a współpracą*, Bd.1, Red. Robert Łoś – Jacek Regina-Zacharski, Łódź 2012, S. 297–314; Friedhelm BOLL – Małgorzata ŚWIDER, *The FEG: Humanitarian Support without Big Publicity*, in: *Solidarity with Solidarity, Western European Trade Unions and the Polish Crisis, 1980–1982*, Ed. Idesbald Goddeeris, New York – Toronto – Plymouth 2010, S. 159–189; M. ŚWIDER, „*Humanitaryzm polityczny*”? *Niemiecka Federacja Związków Zawodowych (DGB) i pomoc dla Solidarności*, in: *Polityka i humanitaryzm, 1980–1989*, Red. M. Świder, Opole – Toruń 2010, S.125–152.
- 14 Gerhard BESIER, *Deutsche Sozialdemokratie und polnische Opposition (1966–1990). Ein Bericht aus den Quellen*, in: *Partner oder Kontrahenten? Deutsch-polnische Nachbarschaft im Jahrhundert der Diktaturen*, Hrsg. Mike Schmeitzner – Katarzyna Stokłosa, Berlin 2008, S. 155–178.
- 15 Mehr darüber: Rainer HERING, „*Aber ich brauche die Gebote...*”, *Helmut Schmidt, die Kirchen und die Religion*, Bremen 2012; M. ŚWIDER, *Die katholische Kirche in Polen und die SPD in den 1980er Jahren*, Bonn 2012, passim.
- 16 BPA-Nachrichtenabteilung, Rundf.-Ausw. Deutschland, ZDF/25.2.81/ 19.00/hjs – Heute.
- 17 AdsD, Schmidt 6323, Präsident des Senats, Bericht über meine Gespräche in der Volksrepublik Polen in der Zeit vom 21. 2. bis 26. 2. 1981, Bremen, 28. 2. 1981.





druckt. Vor allem schien das, was er sagte, sehr ehrlich und überzeugend. Davon, dass Jaruzelski als Mensch wahrgenommen wurde, dem es in erster Linie um das Wohl des Landes ging, war auch auf internationaler Ebene die Rede, z.B. beim Treffen Genschers mit dem italienischen Außenminister Emilio Colombo, oder bei bilateralen Gesprächen in Washington. Von einer positiven Haltung Jaruzelskis war angeblich sogar Primas Wyszyński überzeugt, wovon ein westdeutscher Diplomat sprach: „Jaruzelski ist in erster Linie Pole, ein polnischer Patriot. Das war auch die Meinung von Kardinal Wyszyński“.¹⁸

Die Einschätzungen und Meinungen der Kirche wurden insbesondere bei Umbruchsituationen berücksichtigt. Nach Verhängung des Kriegszustands, am 13. Dezember 1981, berief sich die SPD gerne auf Meinungen aus kirchlichen Kreisen in Polen und aus dem Vatikan. Die Informationsquellen wurden genutzt, um die Politiker der Volksrepublik und deren Maßnahmen einzuschätzen. Beispielweise kam es aus Anlass des Besuchs des Primas von Polen, Józef Glemp, in Rom vom 4.-11. Februar 1982¹⁹ zu einem Treffen zwischen ihm und dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Rom, Walter Gehlhoff, bei dem die Haltung Glems angesichts der Lage in Polen besprochen wurde.²⁰ Besonders interessant für die deutsche Seite war seine Einschätzung von Jaruzelski und den Maßnahmen der polnischen Regierung unter dem Kriegszustand. Der Primas war der Meinung, der General stelle die letzte Chance dar, dass „Polen von Polen regiert werde“. Wenn Jaruzelski gestürzt werden würde, wäre mit allgemeinem Chaos zu rechnen, vielleicht einer Intervention von außen bzw. mindestens mit Regierungen, die fremden Willen umsetzen würden. Nach Glems Ansicht war es das Ziel Jaruzelskis, eine stabile Lage im Lande zu schaffen, ohne gegen zwei polnische Dogmen zu verstoßen: die Zugehörigkeit der Volksrepublik Polen zum Warschauer Pakt und die führende Rolle der Partei. Bei der Gelegenheit nahm Glemp auch Stellung zur Solidarność, die vom Westen als geschlossene und einheitliche Bewegung wahrgenommen wurde, die für die gesamte Bevölkerung repräsentativ sei. Allerdings bildeten sich in der Solidarność, und insbesondere in ihrer Führung, sehr unterschiedliche Gruppen: neben Syndikalisten gab es Opportunisten, es gab Funktionäre der PVAP, aber auch Trockisten, die vor allem gegen die UdSSR kämpfen wollten. Die Regierung war bereit, mit Wałęsa zu sprechen, der „da er seine eigenen [intellektuellen] Beschränkungen kannte,“ Gespräche ohne Teilnahme seiner Berater und der übrigen Mitglieder des Präsidiums zu führen, nicht zustimmen wollte.²¹ Die Bundesregierung und die SPD waren von der Bereitschaft der polnischen Kirchenhierarchie überzeugt, eine langfristige Zusammenarbeit mit Jaruzelski aufzunehmen und die Ereignisse vom 13. Dezember 1981 als ‚kleineres Übel‘ zu betrachten.²² Die Kirchenleitung war von seinen guten Absichten

18 Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland (weiter AAPD) 1981, Dokument (weiter Dok.) 253, Gespräch des Bundesministers Genscher mit dem italienischen Außenminister Colombo in Rom, 11. September 1981, S. 137–253.

19 Glemp sucht Rat in einer ausweglos erscheinenden Situation, FAZ, 5.02.1982; Glemp: Die polnische Kirche fordert die Rückkehr zum Dialog, FAZ, 8.02.1982; Unser Vaterland ist krank, „Die Zeit“, 12.02.1982.

20 AAPD 1982, Dok. 45, Botschafter Gehlhoff, Rom (Vatikan), an das Auswärtige Amt, 6. Februar 1982, S. 218–221.

21 AAPD 1982, Dok. 45, Ebd.

22 Wie beim Bundesnachrichtendienst (weiter BND) analysiert wurde, werden die Gewerkschaften in Polen, trotz der Beschränkungen mehr Rechte und Handlungsmöglichkeiten haben als alle anderen Gewerkschaften in den Staaten des Ostblocks. Darum kommt es, nach Einschätzung in der Bundesrepublik, ein weiteres Mal zu Druck von Seiten der Staaten des Warschauer Pakts auf Entscheidungen von Warschau, um von Jaruzelski restriktive Maßnahmen zu erzwingen. AdsD, Wehner 1699, Der Präsident des Bundesnachrichtendienstes



überzeugt. Auch die Maßnahmen Jaruzelskis im Bereich der Gewerkschaften wurden von Kirchenkreisen positiv bewertet. Für die Kirche war das entscheidende Problem die Frage der Solidarność und ihrer Haltung zum Kriegszustand. Im Episkopat wurde damit gerechnet, dass die Mehrheit der Funktionäre zum gemäßigten Kurs überwechseln würde, der von Wałęsa vertreten wurde.²³ In dieser Zeit weckte, ähnlich wie im Jahr 1981, die Tätigkeit des KOR (Komitee zur Verteidigung der Arbeiter) und einiger anderer Funktionäre der Solidarność Vorbehalte in Kirchenkreisen. Einige Bischöfe, zum Beispiel Bischof Henryk Gulbinowicz, versteckten ihren Unwillen ihnen gegenüber nicht, indem sie betonten, dass „viele von ihnen >>nicht aus polnischer Erde gewachsen sind<<“.²⁴ Die Meinung und das Verhalten des Episkopats bewirkten, dass die SPD vielfach eine milde Haltung gegenüber den Ereignissen in Polen zeigte. Gleichzeitig nahmen die Sozialdemokraten eine kritische Haltung gegenüber den Funktionären und der Bewegung Solidarność ein.²⁵

Sicherlich hatten Gesten, die SPD-Politiker machten, einen Einfluss auf die Wahrnehmung der SPD in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik und der Volksrepublik Polen. Meistens jedoch Gesten, die sie nicht machten. Einerseits waren da die freundschaftliche Beziehungen zu Edward Gierek, dem Ersten Sekretär der PVAP in den siebziger Jahren, Treffen mit Mieczysław Rakowski und General Jaruzelski, aber auch die ungeschickte Äußerung Helmut Schmidts vom 13. Dezember 1981 über die Verhängung des Kriegszustands: „Ich bedaure, dass dies nun notwendig war“.²⁶ Andererseits bewirkte die Zurückhaltung der SPD bei den Kontakten zur Solidarność, dass die SPD als regimefreundliche Partei eingeschätzt wurde, die an einem Fortbestand des kommunistischen Systems in Polen interessiert war. Besondere Bedeutung für die Opposition in Polen erlangte die Weigerung der wichtigsten SPD-Politiker, sich mit Wałęsa zu treffen. Das betraf nicht nur Vogel, der 1984 Warschau besuchte, sondern auch den Besuch von Brandt 1985.²⁷ Beide Ereignisse fanden großen Widerhall in Oppositionskreisen.

(Dr. Klaus Kinkel) 17. März 1982 an Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Herrn Herbert Wehner, MdB, Betr.: Informationen zu Polen (vertraulich).

- 23 BStU, MfS HVA 17, Information über Einschätzungen der Lage in der VR Polen durch die Kreise der BRD-Regierung und des Vatikans, Nr. 422/82, Berlin, den 8. August 1982, Bl. 55–58.
- 24 Archiwum Ministerstwa Spraw Zagranicznych (weiter AMSZ), Dep. IV, 7/86, W-1, k. 19, Chiffretelegramm aus Rom, Nr. 2281/I/973 vom 11. Februar 1982, geheim. Besonders ungerne äußerte man sich damals in Kirchenkreisen über Karol Modzelewski. Beispielsweise berichtete Primas Glemp auf der Sitzung des Hauptrats der Polnischen Bischofskonferenz über den Verlauf eines Treffens zwischen ihm und einer Gruppe der Solidarność am 9. Dezember 1981. (Am Treffen nahmen von kirchlicher Seite teil: Primas Glemp, Pfarrer Orszulik und Pfarrer Piasecki. Die Solidarność vertraten: Wałęsa, Jastrzębski, Wądołowski, Modzelewski, Mazowiecki und Wielowieyski). Damals waren die Vertreter der Solidarność sehr selbstsicher, sie meinten, „die Macht liegt auf der Straße, man muss sie nur aufheben“. Bei diesen Meinungen war, gemäß dem Bericht Glems, Modzelewski führend. Marlena KINDZIUK, *Kardynał Józef Glemp, Ostatni taki prymas*, Warszawa 2010, S. 197–198.
- 25 M. ŚWIDER, *Wałęsa i inni. Opozycja solidarnościowa w ocenach polityków zachodniemieckich w latach 1980–1989*, Opozycja w Europie Środkowo-Wschodniej. 1945–1989, Red. Krzysztof Łabędź – M. Świder, Kraków 2014.
- 26 M. ŚWIDER, „Ich bedaure, dass dies nun notwendig war“. *Helmut Schmidt, die SPD und der Kriegszustand in Polen*, Auskunft. Zeitschrift für Bibliothek, Archiv und Information in Norddeutschland, Juni 2011, Heft 1, S. 73–96.
- 27 M. ŚWIDER, *Die Kontakte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) zur Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PZPR). Der Besuch Willy Brandts in Warschau im Dezember 1985*, Auskunft, 2013, Heft 1, S. 91–123.



Maßnahmen hingegen, die das negative SPD-Bild hätten ändern können, wurden fernab von der Presse ergriffen. Sie liefen oft unter Nutzung von diplomatischen Möglichkeiten und der internationalen Stellung der Partei. So wurden z.B. von Willy Brandt Maßnahmen zugunsten der Solidarność und der KOR-Funktionäre während des Prozesses gegen die „Elf“ eingeleitet. Die „Sache“ in der SPD leitete bereits im Mai 1983 die Korrespondenz zwischen Heinrich Böll und Brandt ein. Böll erhielt von Adam Michnik aus Polen Nachricht über die Inhaftierung von Oppositionellen – vier Mitgliedern des KOR (Adam Michnik, Jacek Kuroń, Zbigniew Romaszewski und Henryk Wujec) und sieben Mitgliedern der Solidarność.²⁸ Es ging um eine Intervention der SPD, am besten auf diplomatischen Kanälen, damit die polnische Regierung einen geheimen Prozess unterlassen würde.²⁹

Es gab auch Hilfe für die Berater der Solidarność, z.B. für Prof. Bronisław Geremek, der sich in der SPD großen Respekts erfreute, ähnlich wie Tadeusz Mazowiecki, der 1989 Ministerpräsident von Polen wurde. Es gab aber auch Unterstützung für andere Oppositionsfunktionäre.³⁰ Charakteristisch für die SPD-Unterstützung war, dass sie Personen gewährt wurde. Dies geschah unabhängig davon, ob Parteimitglieder oder Oppositionelle, die als gemäßigt in ihren Ansichten und politisch der Sozialdemokratie nahestehend angesehen wurden. In der Konsequenz dessen wurde im Jahr 1989 organisatorische und materielle Unterstützung nur einem Teil der Opposition gewährt, von dem man wusste, dass sie sozialdemokratische Ansichten hatte. Gleichzeitig distanzierte man sich von jenen Gruppen in der PVAP, die zuvor, als fortschrittlichste und mit der Sozialdemokratie sympathisierende Gruppen von der SPD unterstützt worden waren. Ein Beispiel für ein solches Verhalten, das eigentlich ein Bruch mit dem zuvor geltenden Grundsatz der Kontinuität guter Beziehungen war³¹, war das Verhältnis der SPD zu Mieczysław Rakowski in der zweiten Hälfte des Jahres 1989.³²

Ein weiteres wichtiges Element der Beziehungen der SPD zu Polen waren wirtschaftliche Fragen. Nach Meinung der Sozialdemokraten waren sie das Schlüsselement bei der Lösung des polnischen Problems in den ersten Monaten des Protestes. Das betraf den

28 AdsD, Wischniewski 989, Heinrich Böll an Willy Brandt, 5. März 1983.

29 „Er bittet [Michnik - MŚ] mich [...] alles zu tun - zunächst noch nicht öffentlich! Um das Sondergerichtsverfahren zu verhindern, auf einer öffentlichen Verhandlung zu bestehen – bittet durch mich auch Sie und die Sozialistische Internationale zu mobilisieren. [...] Die Sache ist wirklich ernst, sehr ernst. M.[ichnik] möchte, dass im Moment noch nichts öffentlich geschieht [...]. Bitte, versuchen Sie auf energisch betriebenen diplomatischen Wege die Polnische Regierung darauf aufmerksam zu machen, dass ein Geheimverfahren (Sondergericht) einen enormen Rückschlag für die polnische Publicity in der Welt bedeuten würde. Es geht auch um Michniks und seiner Mitstreiter Leben.“ AdsD, Wischniewski 989, Heinrich Böll an Willy Brandt, 5. März 1983.

30 SPD ergriff auch Maßnahmen bei der Inhaftierung von Edmund Bałuka (geb. 1933 – verst. 2015). Um eine Milderung seines Schicksals bemühten sich vier Bundestagsabgeordnete aus Köln, worüber der Sekretär für internationale Angelegenheiten des SPD-Vorstands, Hans-Eberhard Dingels, den Fraktionsvorsitzenden informierte. AdsD, Selbmann 170, Internationaler Sekretär Hans-Eberhard Dingels, Vermerk an Hans-Jochen Vogel, Betr.: Dein Gespräch mit dem polnischen Geschäftsträger Witold Sędziwy am 7. Juni 1983, Bonn 6. Juni 1983.

31 Ein Beispiel für die Kontinuität der guten Beziehungen war das Verhältnis der führenden SPD-Politiker, insbesondere hingegen von Schmidt zum ehemaligen Ersten Sekretär der PVAP, Edward Gierek (geb. 1913 – verst. 2001). Schmidt fragte vielfach nach Gierek, besuchte ihn und korrespondierte mit ihm.

32 M. ŚWIDER, 1989 – rok przelomu i relacje polsko-niemieckie. *Wsparcie SPD dla Komitetu Obywatelskiego „Solidarność”*, in: 25 lat polskiej transformacji systemowej – dokonania i wyzwania, Red. Jerzy Karnaś – Łukasz Danela, Kraków 2014, S. 289–300.





Abbau sozialer Spannungen genauso wie die Verhinderung der drohenden sowjetischen Intervention³³. Ab Dezember 1980 arbeiteten die NATO-Staaten einen Handlungsplan aus, der unter anderem die Anwendung von Wirtschaftssanktionen vorsah, falls Warschauer-Pakt-Truppen militärisch in Polen eingreifen würden (Contingency Planning – Eventualfallplan).³⁴ Damit die Spannungen nicht eskalierten und disziplinierende Maßnahmen eingeleitet würden, wurde versucht, die Wirtschaft der Volksrepublik vor dem völligen Zusammenbruch zu bewahren. Die Wirtschaftshilfe wurde als Beispiel der sog. „positiven Abschreckung“ angesehen. Ab Mitte Januar 1981 hatte diese Taktik bei den Maßnahmen der sozialliberalen Regierung Priorität. Manchmal vermittelten die Sozialdemokraten bei den Kontakten von Vertretern polnischer politischer Kreise zu Banken. Ein solches Beispiel sind die Maßnahmen, die im Juni 1981 auf Initiative von Wehner ergriffen wurden, die mit Bundeskanzler Schmidt besprochen und abgestimmt wurden. Dabei kam es zu einem Treffen der polnischen Delegation mit dem Vorsitzenden der Bank für Gemeinwirtschaft, über weitere Kredite zum Kauf von Rohstoffen.³⁵ Das bedeutete konkrete Schritte nicht nur gegenüber deutschen Banken. Es gab auch Maßnahmen zugunsten Polens im Rahmen der EWG, NATO sowie bei bilateralen Treffen und Konsultationen. Dieses Engagement führte in vielen Fällen dazu, dass Polen neue Kredite und Bürgschaften gewährt wurden.³⁶ Dies fand deutliche Anerkennung in Warschauer Regierungskreisen und scharfe Kritik von der parlamentarischen Opposition in der Bundesrepublik und von der Solidarność in Polen. Die Christdemokraten beschuldigten, ähnlich wie die Solidarność, die SPD, den Kommunismus zu unterstützen. Die Opposition in Polen war dagegen, dass der Regierung Kredite eingeräumt wurden, die das kommunistische System in der Volksrepublik Polen „künstlich am Leben hielten“.³⁷

Wenig schmeichelhaft äußerte man sich über die Wirtschaftsmaßnahmen der SPD und der sozialliberalen Regierung, insbesondere, nachdem der Kriegszustand in Polen verhängt wurde. Die Zurückhaltung bei Deklarationen bezüglich der Verhängung von Wirtschaftssanktionen, aber auch die Entscheidung, die Finanz- und Exportverbindlichkeiten gegenüber der UdSSR und Polen in Kraft zu lassen, wurden nicht nur von den USA und der Weltöffentlichkeit, sondern auch von der Opposition in der Bundesrepublik, der polnischen Regierung und der Solidarność kritisiert.³⁸ Selbstverständlich interpretierte jede der beteiligten Parteien die Entscheidungen der sozialliberalen Regierung und SPD auf ihre eigene Weise.

– Die USA und die westliche Öffentlichkeit hielten die Haltung Deutschland für

33 Vgl. Patrizia HEY, *Die sowjetische Polenpolitik Anfang der 1980er Jahre und die Verhängung des Kriegsrechts in der Volksrepublik Polen. Tatsächliche sowjetische Bedrohung oder erfolgreicher Bluff?* Berlin 2010.

34 AAPD 1980, Dok. 367, Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer, S. 1899–1904.

35 AMSZ, Dep. IV 46/83, w-3, Chiffretelegramm 3349/II vom 28. Juni 1981.

36 AAPD 1981, Dok. 229, Aufzeichnung des Ministerialdirektors Fischer, 10. August 1981, S. 1216–1218; AAPD 1981, Dok. 290, Gespräch des Bundeskanzlers Schmidt mit Staatspräsident Mitterand in Lache, 8. Oktober 1981, S. 1553–1565.

37 Eine solche Formulierung verwendete Zbigniew Bujak, Vorsitzender der NSZZ Solidarność, Region Mazowsze, der während seines offiziellen Besuchs in der Bundesrepublik im September 1981 Gespräche mit Vertretern von westdeutschen Banken führte.

38 Zu Reaktion der USA auf die Haltung des Bundeskanzlers angesichts der Ereignisse in Polen siehe: AAPD 1982, Dok. 2, Gespräch Bundeskanzlers Schmidt mit dem amerikanischen Vizepräsidenten Bush in Washington, 5. Januar 1982, S. 6–9. Helmut SCHMIDT, *Menschen und Mächte*, Berlin 1987, S. 310.





zu milde und zu wohlwollend gegenüber der UdSSR. Es hieß, sie sei den Ansichten des Vatikans näher als Washingtons.

– Jaruzelski und seine Genossen hingegen sahen in den Deklarationen und Maßnahmen der Schmidt-Genscher-Regierung, dass diese sich zu sehr dem amerikanischen Diktat beugten.

– Die Opposition in Polen dagegen kritisierte die Maßnahmen und die „kühle Haltung“ Bonns, indem sie sie in Kontrast zu den emotionalen Auftritten in den USA oder auch in Frankreich setzten.³⁹

Basierend auf den weltweiten Protesten gegen den Kriegszustand, den gegenüber der Volksrepublik und der UdSSR verhängten Sanktionen, aber auch der Kritik an der Jaruzelski-Regierung kamen in Warschau alte Ängste aus dem Kalten Krieg wieder hoch. Das hatte zur Folge, dass in Kreisen der Diplomatie und der Regierung die westdeutschen Maßnahmen sehr kritisch bewertet wurden. Oftmals wurden dabei ihr Sinn und ihre Aussage völlig entstellt. Ihnen zufolge waren die humanitäre Hilfe und die Unterstützung für die Solidarność zweckgerichtet, um nicht nur die negative Bewertung der Deutschen zu verändern. Vor allem aber, wie es im Jargon des Kalten Kriegs formuliert wurde, „um die polnische Wachsamkeit zu mindern“. Die Verschuldung der Volksrepublik bei westdeutschen Banken wurde als Vorsatz der Bundesrepublik interpretiert, Polen „in die deutsche Finanzfalle tappen zu lassen“ und wirtschaftlich-finanziell von der Bundesrepublik abhängig zu machen. Die wachsenden Verbindlichkeiten gegenüber deutschen Banken nannte man „ein günstiges Mittel, um politischen Druck auf unser Land auszuüben“.⁴⁰

Die Haltung der SPD überzeugte und befriedigte praktisch keine der Parteien. Die Politik, die die SPD betrieb, rief nicht nur internationale Kritik hervor. Sie traf oftmals auch auf Unverständnis unter den eigenen Mitgliedern. Das distanzierte Verhältnis zu Polen wurde in den Reihen der Partei kritisiert und trug dazu bei, dass sich die Spaltung in der SPD vertiefte. Eine aktive Politik, die die Ost-West-Beziehungen gestaltete, der Wille, die Rolle eines „Vermittlers“, „Transmissionsriemens“ bzw. „Dolmetschers“ in den Beziehungen zwischen Moskau und Washington zu spielen⁴¹, vor allem aber, die Position des wichtigsten europäischen Partners für die USA genauso wie für die UdSSR einzunehmen, reichte nicht aus, um den Zerfall der Koalition und den Verlust der Macht zu verhindern. Hier waren für das Bestehen der Koalition der Haushalt und Wirtschaftsfragen wichtiger.

Die steigende internationale Bedeutung, das Engagement der SPD in den Beziehungen zur DDR, aber vor allem, dass die Bundesrepublik in den Rang eines ‚glaubwürdigen‘ und wichtigen Partners der USA und der UdSSR aufgerückt war, wurde im polnischen Außenministerium analysiert. Die polnische Diplomatie nahm einerseits eine solche ‚Wertschätzung‘ Deutschlands ungern hin, insbesondere dessen hervorgehobene Position in den Gesprächen der beiden Großmächte. Andererseits wandte man sich vielfach an sie, mit der Bitte, zu helfen und in den internationalen Beziehungen zu vermitteln. Gern bezog man sich auf die Position der SPD auf internationaler Ebene und in der Sozialistischen Internationale, aber auch auf deren gute Beziehungen zur französischen und italienischen Regierung. Grundlegende Ängste bezüglich der Grenzfragen und einer eventuellen Wiedervere-

39 G. BESIÉ, *Deutsche Sozialdemokratie*, S. 155–178.

40 AMSZ, dep. IV, 7/86, w-3, Stan i perspektywy stosunków PRL-RFN w kontekście realizacji założeń polityki zagranicznej państwa. Zał. Do pisma D. IV RFN-0-22-4-82, Bl. 39–56.

41 Stefan CREUZBERGER, *Westintegration und neue Ostpolitik. Die Außenpolitik der Bonner Republik*, Berlin – Brandenburg 2009, S. 128.





inigung blieben jedoch bestehen. Man fürchtete, dass die Position der Bundesrepublik soweit stärker werden würde, dass Deutschland eigenständig über sich entscheiden könnte. Das würde eine Gefährdung für die Existenz des polnischen Staats und Volks darstellen. Im polnischen Außenministerium schätzte man, dass die SPD Polen als Mittel zu ihrer Deutschlandpolitik instrumentalisieren würde. Die Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen war kein eigenständiger Wert, sondern Teil einer größeren Strategie, deren Ziele unverändert blieben. Man glaubte, dass die SPD ihre guten Beziehungen zur UdSSR ausnutzen wollte, um die „Infrastruktur der innerdeutschen Bande“ zu stärken, und ihnen dauerhaften Charakter zu verleihen, der von den Ost-West-Spannungen unabhängig wäre.

Infolge der sozialen Spannungen, wirtschaftlichen Schwierigkeiten und insbesondere nach Verhängung des Kriegszustands im Dezember 1981 schwanden die Bedeutung und die Position der Volksrepublik auf internationaler Ebene. Das betraf sowohl die Beziehungen zu den westlichen Staaten als auch zu den Staaten des Ostblocks. Diese Situation führte dazu, dass manches Mal radikale Konzeptionen entstanden, die an längst vergangene Zeiten erinnerten.⁴² Zum Beispiel kamen im polnischen Außenministerium Ängste auf, dass die Stellung Polens als zweiter Partner nach der UdSSR in den Ost-West-Beziehungen von der DDR eingenommen werden würde. Und dass die DDR gemeinsam mit der Bundesrepublik eine eigene Politik entwickeln würde, die auf die Wiedervereinigung abzielen würde. Darum war es, im Hinblick auf die geopolitischen Realverhältnisse, die wichtigste Aufgabe der polnischen Diplomatie und Politik, die Teilung Deutschlands aufrechtzuerhalten und es wirtschaftlich an Polen und den RGW zu binden.⁴³ Diese Ansichten erinnerten an Überlegungen der 1960er Jahre. Es fehlte auch nicht an radikaleren Meinungen. In einer Ausarbeitung von Mai 1982 findet sich sogar die Behauptung, dass für Polen der Sieg im Zweiten Weltkrieg nicht auf den 9. Mai 1945 datiert werden sollte. Stattdessen auf den 7. Oktober 1949, also mit der Gründung der DDR. Die Teilung Deutschland war für Polen lebenswichtig.⁴⁴

In den 1980er Jahren änderte sich die Wahrnehmung Deutschlands und der Deutschen durch die Öffentlichkeit in Polen, insbesondere durch die junge Generation. Sie sah in der Bundesrepublik keine Gefahr mehr. Das war nicht nur der Effekt von Generationenwechsel und fehlenden Kriegserfahrungen, sondern auch der Normalisierungspolitik, die in den 1970er Jahren eingeleitet wurde. Kontakte zwischen den Bürgern, Kulturaustausch, Städtepartnerschaften trugen dazu bei, dass die schlechte Meinung über die Bundesrepublik abgemildert wurde.⁴⁵ Ein wichtiges Element der Meinungsbildung über die Deutschen war die humanitäre Hilfe, die die deutsche Bevölkerung geleistet hatte. Auch das Vorhandensein einer sog. deutschen Lobby, zu der in der Analyse des Außenministeriums einige Journalisten, Kulturschaffende und sogar Politiker gezählt wurden (z.B. Mieczysław Rakowski und Ryszard Wojna), begünstigte, dass sich das Image von Deutschland veränderte. In die-

42 Dieter BINGEN, *Kontinuität und Wandel. Die Bonner Polenpolitik von den Anfangsjahren bis zum Freundschaftsvertrag von 1991*, in: *Erlebte Nachbarschaft. Aspekte der deutsch-polnischen Beziehungen im 20. Jahrhundert*, Hrsg. Jan-Pieter Barbian – Marek Zybura, Wiesbaden 1999, S. 35–56.

43 Red. Jerzy HOLZER – Józef FISZER, *Stosunki polsko-niemieckie w latach 1970–1995. Próba bilansu i perspektywy rozwoju*, Warszawa 1998, S. 137–155.

44 AMSZ, dep. IV, 7/86, w-3, Stan i perspektywy stosunków PRL-RFN w kontekście realizacji założeń polityki zagranicznej państwa. Zał. Do pisma D. IV RFN-0-22-4-82, Bl. 39–56.

45 Johannes GROTZKY, *Fremde Nachbarn, Der Osten und Südosten Europas Ende des 20. Jahrhunderts*, 2. Aufl., Norderstedt 2012, S. 177 ff.





ser Zeit brach auch antisowjetische Stimmung aus und wurde offen artikuliert. Das bewirkte, dass das Hauptargument für die politische und militärische Annäherung an die UdSSR (die deutsche Gefahr) an Bedeutung verlor. In dieser Situation lässt sich leicht erklären, warum der Austausch von Kindern und Jugendlichen oder auch Städtepartnerschaften, die zu informellen und nicht institutionalisierten deutsch-polnischen Kontakten führen konnten, auf so viele Hindernisse stießen. Aber auch, warum die Regierung der Volksrepublik die individuelle humanitäre Hilfe, die aus der Bundesrepublik strömte, so ungern sah.

Nachdem die SPD in die Opposition gewechselt hatte, wurden die Beziehungen der polnischen Regierung zur SPD nicht eingestellt, aber veränderten sich in gewisser Weise. Die Kontakte wurden auf die Parteiebene und die Zusammenarbeit der SPD-Bundestagsfraktion und die PVAP-Fraktion im Sejm verlegt.⁴⁶ In Polen schätzte man sowohl die Bedeutung dieser Partei auf internationaler Ebene als auch deren Möglichkeit, die Innenpolitik der Bundesrepublik zu beeinflussen. Man wollte also die politischen Kontakte zur SPD ausnutzen, um Druck auf die christdemokratisch-liberale Regierung auszuüben, indem die Abweichung der Haltung der parlamentarischen Opposition betont wurde und auf diese Weise die Position Warschaws gestärkt wurde. Man sah auch den Bedarf, korrekte Beziehungen zur SPD aufrechtzuerhalten. Es wurde langfristig gedacht und geplant. Im Hinblick auf personelle Veränderungen wollte man die Kontakte zu denjenigen Parteimitgliedern ausbauen, die die Chance hatten, falls die SPD wieder an die Macht käme, wichtige Parteifunktionen oder Funktionen in der Regierung zu übernehmen.

Die gegenseitigen Beziehungen zu instrumentalisieren, war nicht nur eine Domäne Warschaws. Auch die SPD war daran interessiert, die Kontakte zum Ostblock aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln, um Wähler leichter zurückzugewinnen. Im Jahr 1983 wurden, während an der zukünftigen SPD-Strategie gearbeitet wurde, die Fragen ausgeklammert, die der Partei helfen konnten, wieder an die Macht zu kommen. Dazu gehörten Fragen der Außenpolitik und der Friedenspolitik. Diese wollte man hervorheben und zusätzlich auf die Ost-West-Beziehungen aufmerksam machen.⁴⁷ Man ging davon aus, dass diese Thematik nicht nur eindeutig mit der SPD identifiziert werden würde, sondern auch Anerkennung unter den Wählern finden würde. Diese Entscheidungen bildeten die Grundlage für die Beziehungen der SPD zur PVAP und die gemeinsamen Initiativen für die nächsten Jahre. Aufgrund dieser Maßnahmen der SPD und ihrer internationalen Aktivitäten wurde sie beschuldigt, eine Nebenaußenpolitik zu betreiben.⁴⁸

Die Beziehungen der SPD zu Polen waren schwierig. Mit Sicherheit kann man in Verbindung mit ihnen nicht von einer gleichberechtigten Partnerschaft sprechen. Diese Beziehungen waren Ausdruck einer Partnerschaft auf dem Grundsatz gegenseitiger Kontakte und Vorteile. Sie mussten zeitweise sich widersprechende Interessen miteinander vereinen:

46 Der Fraktionsvorsitzende der PVAP im Sejm, Kazimierz Barcikowski, machte vom 24. – 28. Oktober 1983 den ersten offiziellen Besuch seit Verhängung des Kriegsrechts in Bonn, auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion. Informationen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, 21. Oktober 1983, SPD-Fraktion erwartet polnische Delegation.

47 AdsD, Willy-Brand-Archiv, Verbindungen mit Mitgliedern des Präsidiums 51, Egon Bahr am 28. März 1983 an Willy Brandt, Helmut Schmidt, Johannes Rau, H-J Vogel; AdsD, Vogel 01352, Sicherheitspolitik, Bündnispolitik, Friedensbewegung. Eine Untersuchung zur aktuellen politischen Stimmungslage im Spätherbst 1983. Im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn – München, Oktober 1983.

48 F. FISCHER, *Im deutschen Interesse*, S. 12 ff.





einerseits der echte Wille zur Normalisierung der Ost-West-Beziehungen, andererseits Argwohn und Vorurteile, die aus der Vergangenheit resultierten.

– Für die Sozialdemokraten war Polen ein Element der Beziehungen zu Moskau, deren Hauptziel es war, die deutsch-deutschen Beziehungen auszubauen. Zu diesem Zweck war die SPD bereit, eine Realpolitik zu führen, die voraussetzte, diejenigen politischen Kräfte zu unterstützen und zu ihnen Kontakt zu halten, die die größte Chance bot, die sozialdemokratischen Ziele zu realisieren. In der Praxis der 1980er Jahre bedeutete dies, reformerische Gruppen aus Regierungskreisen offen zu unterstützen und der gemäßigten Opposition leise zu helfen. Mit ihnen verband man die Hoffnung auf dauerhafte Veränderungen in Polen, die auf dem Wege evolutionärer und keiner revolutionären Veränderungen eintreten.

– Für Polen weckten die positiven Beziehungen zur SPD nicht nur die Hoffnung auf eine endgültige Regelung der Frage der polnischen Westgrenze, sondern auch auf Finanzhilfe oder eine gewisse Kontrolle über die Maßnahmen der Bundesrepublik auf eine Wiedervereinigung Deutschlands hin. Nicht ohne Belang war die Wertschätzung der Bedeutung und Position Polens als Partner in den Ost-West-Beziehungen.

Die bilateralen Kontakte wurden nicht nur durch die Irrungen und Wirrungen der laufenden Außen- und Innenpolitik erschwert, sondern wurden auch durch den Ballast der Kriegserlebnisse belastet. In Polen war das der Grund für eine besondere Sensibilisierung in bezug auf deutsche Fragen.

Fazit

Jede der Parteien war sich bewusst, dass ihre bilateralen Kontakte übergeordneten Zielen untergeordnet waren. Für Polen war dies die Sicherung der Westgrenze und für die SPD die deutsche Wiedervereinigung. In jenen Zeiten und in jenem geopolitischen System waren das Ziele, die unvereinbar waren. Erst im Jahr 1990, nach den politischen Veränderungen im Ostblock, kam es zur Wiedervereinigung Deutschlands und der endgültigen Regelung der Frage der polnischen Westgrenze. Mit Sicherheit haben auch die Beziehungen der SPD zur Volksrepublik Polen dazu beigetragen, dieses Ziel zu erreichen. Auch wenn SPD und ihre Politiker einige wesentliche Fehler in den Beziehungen zu Polen in den 1980er Jahren machten, die am besten aus der Perspektive des Erfolgs der Jahre 1989-1990 zu sehen sind. Vor allem die SPD, die sich in polnischen Fragen besser auskannte und mehr Kontakte hatte, als die Christdemokraten, unterschätzte, sowohl Anfang der 1980er Jahre als auch in deren zweiten Hälfte die wachsende Bedeutung und Rolle der politischen Opposition in Polen und nahm sie nicht rechtzeitig und angemessen wahr. Höchstwahrscheinlich waren persönliche Animositäten gegenüber der polnischen Opposition und deren führenden Vertretern von Bedeutung. Nicht ohne Bedeutung waren Meinungen, die aus polnischen Kirchenkreisen übermittelt wurden, die ununterbrochen gute Beziehungen zur SPD pflegten, und die für viele Oppositionsgruppierungen in Polen wenig schmeichelhaft waren. Vielleicht fehlte es in der SPD an einem Pluralismus beim Blick auf die polnische Frage. Ein Hindernis kann die Überzeugung der Sozialdemokraten von einer einheitlichen Berichterstattung und Wahrnehmung der Ereignisse in Polen gewesen sein. Die Sozialdemokraten hörten nur wenigen zu, in der Überzeugung, dass sie alle hören. Das betraf insbesondere Fragen der Opposition.

Die Sozialdemokraten, die auf der von ihnen betriebenen Ostpolitik basierten, kannten sich im Osten sehr gut aus. Das würdigte die konservativ-liberale Koalition mehrfach, insbesondere Bundeskanzler Kohl, indem er um Konsultation bat. Viele einzelne Schrit-





te der Bundesregierung gegenüber der UdSSR, Polen und der DDR basierten höchstwahrscheinlich auf persönlichen Konsultationen des Bundeskanzlers mit Bahr, die von den offiziellen schafteten Kontroversen und Polemiken unabhängig waren. Trotzdem würdigten die Sozialdemokraten nicht vollständig das, was sowohl in Moskau als auch in Warschau passiert. Das, was sie in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre bemerkten, vor allem mit der Außenpolitik Gorbatschows verbunden. Ihnen wurde geglaubt und eine Erfolgchance gegeben, unter der Bedingung, dass Gorbatschow an der Macht blieb. In der Praxis bedeutete das, dass die Sozialdemokraten alles taten, um die Position der Kräfte in Polen und der UdSSR zu stärken, die eine Weiterentwicklung der Perestroika und der Reformen von oben ermöglichten. Dieser Konzeption schlossen sich weder die Solidarność noch Wałęsa an. In diesem Kontext nahmen die Sozialdemokraten die Möglichkeit, die die Perestroika der Opposition gab, nicht vollständig wahr.

Ein zweiter, grundsätzlicher Fehler der SPD, der im Kontext ihrer Beziehungen zu Polen und zur Opposition in der Volksrepublik gemacht wurde, insbesondere in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre, war der langsame Rückzug von ihren Kontakten nach Warschau. Für die Parteileitung fanden sowohl die inneren als auch die internationale Bedingungen, darunter auch die Veränderungen in der SPD-Führung ab 1987 keine reale Umsetzung auf die breit verstandenen deutsch-polnischen Beziehungen. Man könnte sogar versucht sein, festzustellen, dass die SPD freiwillig einen Großteil der deutsch-polnischen Beziehungen in die Hände der konservativ-liberalen Regierung und der mit ihnen verbundenen Stiftungen abgegeben hat. Die Gründe dafür sind nicht nur darin zu suchen, dass die Partei ihre Regierungsposition verloren hatte und in die Opposition gegangen war, sondern auch in dem Mangel an jungen und dynamischen Politikern (Kategorie der sog. Brandt-Enkel), die, da sie nicht durch Kontakte zu den Kommunisten belastet waren, die in der Lage gewesen wären, die Beziehungen der SPD zur Opposition in der Volksrepublik Polen zu führen. Der in diesem Kontext „vielversprechende“ Johannes Rau zeigte vielleicht damals zu wenig Engagement in polnischen Fragen, Das ist verständlich, da er sich der Arbeit in der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen widmete (und den dort erzielten Erfolgen), und aufgrund der Enttäuschung über die Wahlniederlage 1987. Das betraf auch die neue politische Troika der SPD: Gerhard Schröder, der höchstwahrscheinlich damals die deutsch-polnischen Beziehungen noch nicht ‚fühlte‘, wovon die bescheidene Analyse zeigt, die nach der Rückkehr von einem Besuch in Warschau im April 1988 erstellt wurde. Ähnlich wie Rudolf Scharping. Der Dritte aus der Troika der jungen Politiker hingegen, Oskar Lafontaine, Ministerpräsident des Saarlands, tat alles, um die Beziehungen zur DDR nicht kaputt zu machen. Seine Ostpolitik, die auch im Besuch Honeckers in diesem Bundesland zum Ausdruck kann, war der Grund für diplomatische Verstimmungen auf der Linie SPD-Volksrepublik Polen. Angesichts dessen war Lafontaine damals kein Politiker, der in Warschau mit offenen Armen aufgenommen worden wäre, weder in Parteikreisen noch in oppositionellen Kreisen.

Höchstwahrscheinlich der schlimmste Fehler, den die SPD in den 1980er Jahren in den Beziehungen zu Polen begangen hat, waren die internen Beschränkungen und die Selbstzensur, die sich die Sozialdemokraten selbst auferlegten. Wenn man damals die Partei beobachtete, konnte man den Eindruck gewinnen, dass ihr größter Feind interne Widersprüche, Ängste und Beschränkungen waren. Aus Angst, von der Öffentlichkeit beschuldigt zu werden, „Kumpelbeziehungen zu den Kommunisten“ zu pflegen und „demokratische Ideale zu verraten“ (der Begriff Kreml-Fraktion im Wahlkampf von 1980 und 1983), versuchten sie, zu orthodoxen kommunistischen Gruppen auf Distanz zu bleiben und ve-



reinzelt fortschrittliche Gruppierungen in PVAP und Reform-Politiker zu unterstützen. Andererseits wurden, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, staatsfeindliche Opposition zu fördern, Maßnahmen beschränkt, die irgendeinen Zusammenhang damit hatten. Die von der SPD geführte Politik, die den Eindruck machte, dass die SPD zwischen allen Stühlen gesessen hatte, bewirkte, dass die Politik der SPD in Polen oft schlecht verstanden und falsch interpretiert wurde.

Viele Ursachen hatten Einfluss auf die Form der politischen Beziehungen der SPD zur Volksrepublik Polen in den 1980er Jahren. Ihre Form wurde einerseits von den logischen und vorhersehbaren Verhaltensweisen ihrer führenden Politiker geprägt, die aus dem Maßnahmenprogramm resultierten. Andererseits auch von weniger logischen Verhaltensweisen, die aus der individuellen Wahrnehmung der Ereignisse resultierten, die oft von subjektiven, aus Emotionen resultierenden Elementen bestimmt wurden. Wenn man den Wissensstand zur Lage in Polen, die weltweit herrschenden Stimmungen, die Entschiedenheit mancher gesellschaftlicher und politischer Kräfte in der Volksrepublik Polen sowie die polnische Ängste in Verbindung mit Deutschland betrachtet, deren Ursachen auf den Zweiten Weltkrieg zurückgingen, wie war die reale und verantwortungsvolle Alternative für die SPD-Politik? Ich meine, dass die ausgewogene Politik des Westens (die emotionalen Franzosen und Amerikaner, die raffinierten, vorhersehbaren und selbstbeschränkten Sozialdemokraten) einer der wesentlichsten Faktoren dafür waren, dass die demokratischen Veränderungen, die Anfang der 1980er Jahre in Polen gefordert wurden, die Chance hatten, zu gewinnen und zu politischen Veränderungen und zum Zerfall des Ostblocks zu führen, und im Endeffekt auch zur Überwindung der deutschen Teilung als letztes Relikt des Kalten Kriegs, und im Grund zum politischen Sieg der SPD und ihrer Ostpolitik.

Složité partnerství: SPD a Polsko v 80. letech 20. století (Shrnutí)

Vztahy mezi německou sociální demokracií a Polskem měly v 80. letech dvacátého století mnohorozměrný charakter. Týkaly se jak polsko-německých vztahů udržovaných vládou SPD-FDP v rámci *neue Ostpolitik*, tak mezinárodních vztahů této strany. Partnery na polské straně byli vláda, odbory a také – od léta roku 1980 – Solidarita, která představovala odbory a sociální hnutí spojené s opozicí.

Německo-polské vztahy byly určovány obavami z obvinění FRG ze zasahování do vnitřních záležitostí nezávislého státu. Německá strana zaujala postoj udržování oficiálního odstupu a zákulisních kontaktů se Solidaritou a opozicí, jakož i poskytování ekonomické podpory Polské lidové republice, která měla – podle předpokladu – vést ke zlepšení situace polského národa. I když v tomto ohledu nemohla tato rozsáhlá pomoc znamenat změnu situace v Polsku během stanného práva.

Po svém přechodu do opozice v říjnu 1982 udržovala SPD vztahy s vládou Polské lidové republiky a zároveň i kontakty s opozicí. Tímto způsobem se mohla i nadále angažovat ve vztazích mezi Západem a Východem a rozvíjet takzvanou *Nebenaussenpolitik*. Ve druhé polovině 80. let intenzita těchto kontaktů výrazně poklesla. Dokonce lze říci, že se strana dobrovolně vzdala podstatné části svého vlivu ve prospěch křesťanských demokratů, kteří tehdy tvořili vládu v RFG. Tato skutečnost měla rozhodující vliv na způsob vnímání sociálních demokratů vládními a opozičními kruhy v Polsku.

